

Datum: 05.12.2003

Claudia Hämmerling, Sprecherin für Verbraucherschutz, erklärt:

### **Hundegesetz überwiegend für die Katz**

Der von der rot-roten Koalition für die nächste Plenarsitzung eingebrachte Hundegesetzentwurf (Drucksache 15/2293) ist überwiegend für die Katz. Die Koalition hat einige Vorschläge zur Prävention wie Chippflicht und Haftpflichtversicherungspflicht aus dem Bündnisgrünen Hundegesetzentwurf übernommen. Aber sie konnte sich dennoch nicht von der Rasseliste lösen. Jetzt sind zehn Hunderassen aufgeführt, von denen sieben in der Beißstatistik fehlen. Das heißt, sie haben nicht gebissen, von ihnen ging keine Gefahr aus. Dagegen gelten Schäferhunde und Rottweiler als ungefährlich, obwohl sie mit mehr als 300 Beißattacken die Statistik anführen. Auf ihr Konto gingen auch die Todesfälle seit 2001 in Deutschland. 94 Prozent aller Hundebisse in Berlin werden von "Nicht-Kampfhunden" verursacht. Die Rasseliste bietet also keinen präventiven Schutz, sondern bedient ein Vorurteil und vermittelt lediglich Scheinsicherheit.

Der generelle Maulkorbzwang trotz bestandener Überprüfung von "Kampfhunden" ist im Interesse der Sicherheit und des Schutzes gerade von Kindern kontraproduktiv.

Unauffällige Hunde können durch diese ständige artwidrige Haltung Verhaltensauffälligkeiten entwickeln. Spätestens zu Hause wird der Maulkorb abgenommen. Hier tragen sich aber 70 Prozent aller Beißvorfälle zu.

Zu zwei Dritteln sind Kinder die Leidtragenden.

Im übrigen ist der Gesetzentwurf schlampig verfasst und inhaltliche widersprüchlich. So sollen Hundehalter beispielsweise nur dann die Prüfplakette erhalten "wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass von der Haltung des Hundes eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen oder Tieren ausgeht."

Wir fordern weiterhin den Hundeführerschein zumindest für die Halter aller großen Hunde. Unsere Position wurde bei einer Anhörung vom Chef der diensthundeführenden Behörden des Bundes und der Länder und anderen Fachexperten unterstützt.

Claudia Hämmerling  
Sprecherin für Stadtentwicklung  
und Verbraucherschutz  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus  
Niederkirchnerstr. 5  
D-10111 Berlin  
fon: (030) 2325 2428  
fax: (030) 2325 2409  
[www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)